

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabend abds.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pfg.

Zeitsprecher Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burghardtswalde, Groitzsch, Grumbach, Grund bei Rohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hähnendorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Losen, Rohorn, Müttig-Roitzsch, Kunzig, Neulirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pöhrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schandewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Pöhrsdorf, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unfersdorf, Weistropf, Wilsberg.

Druck und Verlag von Arthur Schulte, Wilsdruff. Für die Redaktion und den amtlichen Teil verantwortlich: Hugo Friedrich, für den Inseratenteil: Arthur Schulte, beide in Wilsdruff.

No. 38.

Sonnabend, den 4. April 1908.

67. Jahrg.

Bekanntmachung, die König Albert-Stiftung betr.

Am 28. April d. J. sollen die Zinsen der unter Verwaltung des Stadtgemeinderates stehenden König Albert-Stiftung an 1 eodl. auch 2 Bewerber, in letzterem Falle je zur Hälfte, auf 1 Jahr zur Verteilung kommen.

Der Zweck der Stiftung ist: befähigten, würdigen und bedürftigen Gewerbsgehilfen und Handwerkslehrlingen, die Söhne hiesiger Bürger sein und die hiesige Volksschule mindestens 4 Jahre lang besucht haben müssen, zu ihrer weiteren Ausbildung bare Geldbeiträge aus den Zinsenerträgen der Stiftung zu gewähren.

Etwaige Bewerber haben in ihrem schriftlich anzubringenden Gesuche anzugeben wo und in welcher Weise sie sich in ihrem Handwerk weiterbilden wollen. Hierbei erhalten die Personen den Vorzug, die eine Fachschule besuchen und während dieser Zeit in ihrem Gewerbe nicht gegen Entgelt tätig sein können.

Auswahl unter den Bewerbern steht dem Stadtgemeinderate zu.

Wir geben solches hiermit bekannt und fordern zur alsbaldigen und längstens bis zum 14. dieses Monats

zu bewirkenden Einreichung von Bewerbungsgesuchen, die durch Zeugnisse der Lehrherren pp. über die Befähigung der Bewerber, sowie eb. durch behördliche Zeugnisse über die Würdigkeit und Bedürftigkeit unterstützt sein müssen, auf.

Wilsdruff, am 1. April 1908.

Der Stadtgemeinderat.
Kahlenderger.

Aus Stadt und Land.

Wichtigungen aus dem Bezirke für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 3. April.

König Friedrich August als Vater. Lieber die Begegnung des Königs mit der Prinzessin Anna (Via Monica) in Gries ist bereits eingehend berichtet worden. Es wurde dabei auch des Spazierganges gedacht, den der König mit seinem Töchterchen nach der Promenade zu dem Militärkonzert unternahm. Dabei fuhr das Kind eine kleine Lokomotive hinter sich her, die sehr häufig umfiel, was der Erzieherin viel Mühe, der Kleinen aber viel Freude machte. Diese Lokomotive, ein Geschenk des Königs, hat eine reizende Vorgeschichte. Wie jeder sächsische Prinz, so hatte auch Prinz Friedrich August in seiner Jugendzeit ein Handwerk erlernt, nämlich das Tischlerhandwerk. Jetzt hat diese Kunst dazu verholfen, eine Idee zu verwirklichen, die die Fäktlichkeit des Vaters in sanftester Weise wiedergibt. Nicht, wie üblich, wollte er seinem Kinde eine Puppe mitnehmen, sondern sein erstes Geschenk sollte aus seiner eigenen Hand sein. Es wurde, sehr schön verfertigt, eine Lokomotive und ein Badewagen. Beide wurden im Kloban in eine Schreinerwerkstatt geschafft und dort mit Anstrich und Aufschrift versehen. Die Lokomotive erhielt den Namen „Wadawig“ (nach der Königl. Villa), wohnt die Kleine demnach überdeltel wird und der Badewagen die Nummer 255 1865 (25. 5. 1865), Geburtstag und -Jahr des kaiserlichen Vaters).

Prinzessin Mathilde hat sich am Dienstag früh beim Reiten in der Drecker Heide eine Quetschung der Schulter und einen Bruch des rechten Schlüsselbeines zugezogen. Die Verletzung gibt zu Besorgnissen keinerlei Veranlassung.

Veränderung über das neue Wahlrecht? Wie die „Jüttauer Morgenzeitung“ erfahren haben will, haben sich die Nationalliberalen und der größte Teil der Konservativen über ein neues Landtags-Wahlrecht geeinigt. Es ist angeblich ein Kompromiß auf folgender Grundlage abgeschlossen worden: Die Zahl der Abgeordneten der Zweiten Kammer wird auf 97 erhöht, davon werden 15 von den Wählern, deren Einkommen 1200 M. nicht übersteigt, nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht unter Anwendung des Proportionalverfahrens gewählt. Die übrigen 82 Abgeordneten werden nach einem Pluralwahlrecht mit drei Zusatzstimmen gewählt. Die Trennung in städtische und ländliche Wahlkreise wird beibehalten.

Dem Landtage ist ein Dekret zugegangen, betr. Herstellung einer elektrischen Straßenbahn von Dresden nach Klotzsche. Es werden dafür 310000 Mk. gefordert.

Was? — In der am Montag unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmann von Der abgehaltenen Sitzung des Bezirksausschusses der königlichen Amtshauptmannschaft Weissen wurde u. a. Genehmigung ausgesprochen: zum Gesuche des Restaurateurs Wische in Wilsdruff um Ausdehnung seiner Schankbefugnis auf ein weiteres Zimmer; zum Gesuche des Restaurateurs Schäge in Kleinschönberg (Pringenmühle) um Konzession zur Abhaltung von jährlich drei öffentlichen Tanzmusiken; zum Gesuche des Gastwirts Schreiner in Großenhain um Konzession zum Schank einchl. des Branntweinschankes in einer in der Scheune des Grundstückes Kat.-Nr. 9 zu Lampersdorf während des Baues des Gasthofes einzurichtenden Kantine und zum Krippensegen bei derselben; zum Gesuche des Metzgers in Pittmannsdorf um Konzession zum Schankbetriebe einchl. des Branntweinschankes im Grundstück Kat.-Nr. 51B daselbst. Der Einziehung des

Kommunikationsweges Nr. 97 des Flurbuches für Ullendorf als öffentlicher Fahrweg unter Belassung als öffentlicher Fußweg stimmte der Bezirksausschuß zu. Das Gesuch des Schankwirts Denker in Dieberstein um Konzession zum Beherbergen im Grundstück Nr. 32 daselbst wurde abgelehnt. Weiter folgte der Bezirksausschuß Beschluß hinsichtlich der Abänderung der Bäckerverordnung vom 8. April 1907 und lehnte das Gesuch der Sparasserverwaltung zu Coswig um Genehmigung zur Erhöhung des Zinsfußes für Spareinlagen ab.

Öffentliche Stadtgemeinderatsitzung am 2. April. Den Vorsitz führt Bürgermeister Kahlenderger. Das Kollegium ist vollständig anwesend. Tur-nusgemäß soll in diesem Jahre Herr Speditur Wiedemann die Bespannung des Wasserwagens über-tragen werden. Man ist einstimmig damit ein-verstanden. — Die Stadtgemeinde Wilsdruff ist in diesem Jahre nach Höhe der 89. Steuerklasse (im vorigen Jahre 87) eingestuft worden; man nimmt hier-don debattielos Kenntnis, ebenso von der Einladung zu dem Zeichenlehrtage in Chemnitz. — Das Kollegium willigt debattielos in die Entlassung des Kopisten Junge, der anderwärts Anstellung erhalten hat; er wird durch einen Beamten-schüler ersetzt. — Nach Erledigung der Eingänge erhob sich St. V. Friedrich das Wort. Er führt etwa aus: Am vergangenen Sonnabend fand im Schützenhause eine von sozialdemokratischer Seite einberufene öffentliche Versammlung statt, die sich mit der Frage der Ortskrankenkasse beschäftigte. Auf den An-schlag war betont, daß die Mitglieder des Stadige-meinderats speziell eingeladen seien. Jedenfalls aus der Erkenntnis heraus, daß die Frage der Ortskrankenkasse nicht in sozialdemokratischen Versammlungen er-erlebigt wird, und in der zutreffenden Meinung, daß die Wilsdruffer Stadtverwaltung bei Erfüllung ihrer Aufgaben auf die Mitarbeit eines sozialdemokratischen Agitators vom Schlage des Herrn Fräßdorf verzichtet und ein Gemischtes derselben in die örtlichen Angelegenheiten Wilsdruffs bestimmt zurückzuweisen hat, hatten die Mit-glieder des Stadtgemeinderats der Einladung zumeist nicht Folge gegeben. Der Vorsitzende jener Versammlung übte an diesem Verhalten Kritik. Er führte insbesondere aus, im Rathhause seien die Herren alle da, wenn es gelte, die Forderung der Arbeiter nach Errichtung einer Ortskrankenkasse abzulehnen, aber hier im Schützenhaus- saale ihre Meinung geltend zu machen, fänden sie nicht den Mut. Da erfolgte von Seiten eines Herrn Triebe der Zuruf: „Weil die Hunde zu feig sind!“ Meine Herren, der Anwurf reicht nicht an uns heran. Jeder von Ihnen wird mit Recht den Mut für sich in Anspruch nehmen, der erforderlich ist, um die eigene Meinung am rechten Ort und im rechten Augenblicke zu vertreten. Jeder von Ihnen wird es aber auch ablehnen, sich mit den Aushängern der Sozialdemokratie in zweifelhafte Wortgefechte einzulassen, sich benützen zu lassen, um die sozialdemokratischen Versammlungen interessant zu gestalten. Ich stelle den Antrag, der Aufsichtsbehörde von dem Vor-fall Kenntnis zu geben und ihr die Entscheidung zu überlassen. St. V. Kronfeld: Ich bin selbstverständlich auch für den Antrag des Herrn Redakteur Friedrich. Solchen Leuten, wie Herrn Triebe, möchte Gelegenheit geboten werden, in einsamer Zelle darüber nachzudenken, wie er in Zukunft seine Junge zügeln kann. Welche Rosenamen von sozialdemokratischer Seite mir gegeben werden, berührt mich eigentlich recht wenig, aber alles kann man sich doch nicht gefallen lassen. Am sonderbarsten hat es mich berührt, daß Herr Lagerhalter Schöke nach dem Bericht des „Wilsdruffer Wochenblattes“ behauptet hat, die Vertreter der Stadtgemeinde hätten nicht den

Mut, in sozialdemokratischen Versammlungen zu erscheinen. Meine Herren, das ist allerdings ein genügender Grad von Einbildungskraft. Was in aller Welt soll man in einer sozialdemokratischen Versammlung? Nach Ansicht des Herrn Schöke vielleicht etwas lernen. Nun, meine Herren, um mich über das Krankenversicherungsgesetz zu orientieren, brauche ich mir keinen Vortrag von Herrn Töpfer Fräßdorf halten zu lassen. Soviel Verstand besitze ich noch, um mich ohne die Hilfe des Herrn Fräßdorf in das Gesetz einzuarbeiten zu können, und um sozialdemokratische Agitationsreden anzuhören, ist mir meine Zeit allerdings zu kostbar, und dieser Ansicht werden hier wohl alle Herren mit Ausnahme des Herrn Schöke sein. In der fraglichen Versammlung scheint man überhaupt einen recht netten Ton gegen uns angeklungen zu haben. Mögen die Herren reden, was und wie sie wollen, mir ist es gleichgültig. Aber, meine Herren, an dem schroffen Ton trägt meines Erachtens der Stadtgemeinderat die Schuld mit. Es ist doch eine allbekannte Tatsache, je anständiger und entgegenkommender die Sozialdemokratie behandelt wird, umso herausfordernder tritt sie auf. Der Stadtgemeinderat hat bei der Beratung der sozialdemokratischen Petition wegen Uebernahme der Armen-lasten auf den Staat eine Verdrängung vor der Sozialdemokratie gemacht, die nicht notwendig war, und wie ich aus dem Bericht des „Wilsdruffer Wochenblattes“ über die letzte Sitzung — ich war nicht da — erfah, hat man hinsichtlich des Industrie-Ausschusses auch wieder zugefagt, die eventuelle Berufung des Herrn Hildebrand in den Industrie-Ausschuß in Erwägung zu ziehen. Beides konnte unterbleiben. Herr Hildebrand soll doch nur in den Ausschuß, weil er Sozialdemokrat ist. Solche Herren brauchen wir darin nicht. Der Beitritt zur Armenlasten-petition mußte sofort abgelehnt werden, weil unsere Stadt durch Uebernahme der Armenlasten auf den Staat nur Nachteile haben müßte. Und wir als Vertreter der Stadt Wilsdruff haben nur das Wohl unserer Gemeinde im Auge zu behalten, aber nicht das anderer Gemeinden. Der Sozialdemokratie darf nur mit eiserner Faust ent-gegen getreten werden, jedes Entgegenkommen wird von ihr lächerlich gemacht und nur als Schwäche ausgelegt. Wenn wir ihr schroff entgegengetreten werden, werden sich solche Fälle, wie der hier zu Grunde liegende, garnicht wiederholen. — Der Vorsitzende verliest den Bericht des aufsichtsführenden Beamten über die Versammlung. Aus dem Bericht geht hervor, daß in der Versammlung auch von anderer Seite die schärfsten und unberechtigten Vorwürfe gegen die Stadtvertretung erhoben worden seien. Der Bericht gehe an die Aufsichtsbehörde, die auch in dieser Richtung Entschließung fassen werde. St. V. Schöke führt aus, der Zwischenruf in der Versammlung sei sehr zu tabeln und ganz ungehörig. Aber, wie der St. V. Friedrich, so sei auch er der Meinung, daß der Anwurf nicht an die Stadtvertretung heranreife. Deshalb sei Redner gegen Erhebung eines Strafantrages. In der öffentlichen Diskussion falle manche Beleidigung, ohne daß man gleich nach Strafantrag rufe. Der Vorsitzende erwidert, gegen sachliche Kritik werde niemand etwas ein-wenden, aber hier handele es sich um grobe Beleidigungen. St. V. Schöke: Ich kann nicht verstehen, daß Herr Schöke die Beleidigungen noch verteidigt. (Zuruf des St. V. Schöke: Ich habe die Beleidigungen durchaus nicht verteidigt!) Lasse man die Beleidigung (feige Hunde) durchgehen, dann werde man sich in Zukunft noch auf ganz andere Dinge gefaßt machen müssen. St. V. Schubert spricht im gleichen Sinne. Es handele sich um ganz gemeine Redensarten, die sich niemand gefallen lassen werde, auch Herr Schöke nicht. Wollte der Stadtgemeinderat

2680